

VORAN

Zeitung der Marxisten in der SPD

Had

Spende
0,70 DM



Solidarität mit dem kurdischen Volk

Der Golfkrieg ist erst seit wenigen Wochen beendet, schon stehen Saddams Husseins Armeen erneut im Krieg: Im Krieg gegen die Kurden. Diese haben versucht, zumindest den irakischen Teil Kurdistans zu befreien. Nach der Zurückeroberung von Mossul und Kirkuk findet eine ungeheure Verfolgung des kurdischen Volkes durch die irakische Armee statt.

* Ca. 2 Millionen Menschen jeden Alters und Geschlechts sind im türkischen Grenzgebiet in Flüchtlingslagern oder auf der Flucht Richtung Türkei oder Iran

* Bei dieser Flucht sind bisher mindestens 2000 Menschen (hauptsächlich Kinder oder ältere/kranke Menschen) verhungert, erfroren oder vor Erschöpfung zusammengebrochen

* Die irakische Armee setzt Napalm- oder Phosphorbomben ein, die zu schweren Verbrennungen oder Verätzungen führen, sie bombardiert Städte und Dörfer im Norden Iraks (Irakisch-Kurdistan), attackiert die völlig überladenen LKWs oder Menschenströme

* Zwischen 4.000 und 20.000 Menschen sind bei diesen Angriffen bisher umgebracht worden

In die Türkei sind bisher - trotz teilweise geschlossener Grenzen bzw. des Einsatzes von Schusswaffen - hunderttausende von Kurden gelangt. Dort werden sie in den Bergen in Lagern von der türkischen Armee in Schach gehalten, leben dort unter den miserabelsten Bedingungen: Kein Schutz gegen Kälte und Schnee, keine Behausungen oder Zelte, ungenügende Nahrungsversorgung, unmögliche hygienische Bedingungen (die Menschen trinken schmutziges Wasser, damit sie nicht völlig verdursten; Epidemien sind so vorprogrammiert).

Die Aufnahme in den Tälern Türkisch-Kurdistans wäre durchaus möglich. Die dort lebende kurdische Bevölkerung wäre durchaus zu Hilfeleistungen bereit, die Versorgung der Flüchtlinge wäre viel besser zu gewährleisten. Die türkische Regierung unter Özal hat aber kein Interesse, daß sich die Kurden zusammenschließen und unter Umständen ihren Kampf um Unabhängigkeit gemeinsam aufnehmen.

Die Alliierten, die unter Führung der USA einen über 50-Milliarden-Dollar teuren Krieg gegen die arabische und kurdische Bevölkerung des Iraks führen konnten, vergaßen Krokodilstränen über diesen Völkermord an den Kurden. Einige Millionen Dollar sind ihnen die Kurden jetzt wert. Die massive Unterstützung des Befreiungskampfes der Kurden gegen die Besatzungsmächte Türkei, Syrien, Irak und Iran liegt natürlich nicht in ihrem Interesse. Statt dessen arrangieren sie sich lieber mit den Diktatoren in diesen Ländern.

Die ganze Heuchelei des Westens während des Golfkrieges wird jetzt deutlich. Die USA haben lieber eine geschwächte Saddam-Hussein-Diktatur im Irak als den Sturz des Diktators und eine selbstbewußte Bevölkerung, die ihre Geschicke in die eigene Hand nimmt.

Alle Länder, die einen Teil Kurdistans besetzt halten, unterdrücken ihre "eigene" kurdische Bevölkerung, kurdische Parteien sind verboten. Die kurdischen Flüchtlinge und die kurdischen Parteien aus den jeweiligen Nachbarländern werden nur benutzt, um die eigenen Herrschaftsinteressen zu sichern und auszuweiten. Özals Angebot, türkische Truppen im Norden Iraks unter UNO-Führung einzusetzen, um angeblich den Kurden die Rückkehr zu ermöglichen, ist nur das jüngste Beispiel.

Die kurdische Frage

Hintergründe

Der Golfkrieg wurde seitens der Alliierten geführt, um deren Vorherrschaft im Nahen Osten zu stabilisieren. Zu dieser Stabilität im Interesse der Imperialisten gehört eine Diktatur im Irak, wie sich in den letzten Wochen gezeigt hat. Zu dieser Stabilität gehört aber auch ein geteiltes und unterdrücktes Kurdistan.

In den angestammten kurdischen Gebieten leben heute knapp über 20 von insgesamt ca. 25 Millionen Kurden. Allein 12 Millionen Kurden leben auf dem heutigen türkischen Staatsgebiet, 5 Millionen im Iran, bislang 4 Millionen im Irak, und weitere 0,6 Millionen in Syrien und 0,2 Millionen Kurden in der Sowjetunion (Armenien).

Die Kurden gelten als eines der ältesten Völker der Erde überhaupt, deren Urprünge bis in das 3. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung hineinreichen. Unter osmanischer Herrschaft erhielten die feudalen kurdischen Fürstentümer zunächst eine formale Autonomie, weil sie beim Kampf der Türken gegen Persien mitgeholfen hatten. Diese Autonomie wurden aber durch Annektierungen einfach immer mal wieder außer Kraft gesetzt. Die feudale Kleinstaaterei und die egoistischen Interessen der einzelnen Scheichs, Emire, Fürsten ist auch die Hautursache dafür, daß sich die Kurden zu einem späteren Zeitpunkt nicht gegen die nationale Unterjochung durch die umliegenden stärkeren Länder behaupten konnten. Die wichtigen kurdischen Aufstände im letzten Jahrhundert waren unter Führung verschiedener Fürsten und hatten die Unabhängigkeit der einzelnen Fürstentümer zum Ziel.

Die Aufteilung Kurdistans

Nach dem Zerfall des osmanischen Reiches und dem 1. Weltkrieg wurden unter dem Diktat der imperialistischen Mächte die Grenzen neu bestimmt. Aus Sicht der Kurden ergab

sich eine komplizierte Situation. Mehrheitlich lebten sie auf türkischem Gebiet. Dort formulierte Kemal Atatürk die Interessen der türkischen Bourgeoisie, die zwar schwach war, sich aber durch den Fall der alten Feudaldiktatur gestärkt fühlte. Kemal vertrat gegenüber den Kurden eigene imperialistische Interessen, stand aber auch zeitweise im Konflikt mit den Westmächten, die die Politik in den umliegenden Ländern diktieren.

In einem internationalen imperialistischen Vertrag, dem Vertrag von Sévres, wurde 1920 zunächst die Zweitteilung der kurdischen Gebiete geplant, wobei der Norden zur Türkei gehören sollte. Kemal begann eine Kampagne mit dem Ziel, die kurdischen Proteste für sich auszunutzen. Er plädierte dafür, daß ganz Kurdistan Teil der Türkei werden solle und sich die Türkei als Land mit zwei herrschenden Nationen, Türken und Kurden, definieren werde. Viele nationalistische Gruppen unterstützen Kemal und schwächten sich dadurch. Sie wurden 1923 hart bestraft durch den Vertrag von Lausanne, wo die Westmächte und die Türkei die noch heute existierenden Grenzen festlegten.

Eine unterentwickelte Region

Kurdistan erstreckt sich über die vier Länder Türkei, Iran, Irak und Syrien. In allen diesen Ländern werden die kurdischen Gebiete als Randgebiete behandelt und sind besonders unterentwickelt. Die Erdölfelder um Kirkuk werden von der irakischen Regierung zentral ausgebeutet, die Kurden haben nichts davon. Es konnte sich keine zusammenhängende Arbeiterklasse entwickeln, wie dies in der Türkei, dem Irak, im Iran und in Syrien der Fall war. Die meisten kurdischen Arbeiter leben in den Vorstädten Ankaras, Istanbuls und Izmirs und - in Berlin! Die überwältigende Mehrheit der Bewohner sind Bauern.

Die Zwangsmaßnahmen, denen die Kurden ausgesetzt waren und sind, waren von großer Brutalität gekennzeichnet. Immer wieder versuchte vor allem die türkische Regierung, über

Unsere Forderungen und Vorschläge

- * Verstärkte Versorgung mit Lebensmitteln, hygienisch sauberem Wasser, Kleidungsstücken, Decken, Zelten. Die bisherige Hilfe ist höchstens der Tropfen auf den heißen Stein.
- * Sofortige Einrichtung von medizinischen Zentren in türkisch-, irakisch- und iranisch-Kurdistan. Versorgung mit den wichtigsten medizinischen Gütern (Medikamenten, Verbandsmaterial, Infusionen usw.)
- * Spendet an "medico international", Stichwort "Kurdistan", Postgiro Köln 6999-508 oder Frankfurter Sparkasse Konto 1800 (BLZ 500 501 02)
- * Überwachung der Verteilung der Spenden, Lebensmittel und Medikamente durch unabhängige kurdische Organisationen, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen
- * Öffnung aller Grenzen für die flüchtenden Kurden
- * Keine Unterbringung in Lagern in den unwirtlichen Bergen Kurdistans! Stattdessen garantierter freier Zugang zu den Dörfern im Tal. Die Schikanen in den schon existierenden Flüchtlingslagern in den Tälern türkisch-Kurdistans müssen gestoppt werden.
- * Rückzug aller Besatzungstruppen aus Kurdistan (Irak,Türkei,Syrien,Iran,USA)
- * Materielle Hilfe (Waffen und Spenden) für das kurdische Volk zur Selbstverteidigung und zur Unterstützung des bewaffneten Widerstands durch die internationale Arbeiterbewegung. Für den Aufbau von demokratischen Verteidigungskomitees in allen Teilen Kurdistans
- * Sozialistische, demokratische Parteien und Gewerkschaften im Nahen Osten dürfen jetzt keinen Burgfrieden mit "Ihren" jeweiligen Regierungen (Özal,Saddam usw.) schließen. Nur in der Kombination des Befreiungskampfes der Kurden mit dem Kampf der türkischen, irakischen, syrischen und iranischen Arbeiterklasse gibt es eine Chance für ein selbstbestimmtes Leben in der Region
- * Für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden, Schluß mit dem Völkermord an den Kurden. Für eine freie Volksabstimmung in ganz Kurdistan über die genaue Form des Zusammenlebens der Kurden
- * Für eine sozialistische Föderation aller Länder im Nahen Osten

Was sind unsere Aufgaben?

- * Es ist falsch, darauf zu hoffen und zu warten, daß diese Bundesregierung den Kurden wirkliche und ausreichende Hilfe zukommen läßt. Stattdessen muß in der Bundesrepublik die Organisation von Hilfeleistungen von SPD, Gewerkschaften, kurdischen Arbeiterorganisationen und Hilfsorganisationen gemeinsam durchgeführt und kontrolliert werden
- * Es ist dringend erforderlich, daß die SPD-Führung ihre offizielle Haltung ändert und das volle Selbstbestimmungsrecht der Kurden anerkennt
- * Jeder Waffenexport an die Regierungen der Staaten im Nahen Osten muß verhindert werden
- * Einstellung der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung an die türkische Regierung
- * Öffnung der bundesdeutschen Grenzen für kurdische, irakische, türkische Flüchtlinge und Asylsuchende
- * Keine Abschiebung von Kurden, Türken usw. in "ihre" Heimatländer

Hilfe durch die UNO?

Mit dem von der UNO gedeckten Krieg der USA gegen den Irak sollte ein militärischer Machtfaktor in der Region zurechtgestutzt werden. Der "Weltgemeinschaft", das heißt den USA, ihren Verbündeten und all ihren Marionetten in der Welt ging es nicht um den Schutz der Völker vor dem Diktator Saddam Hussein. Die USA konnten ungestraft mit dem Massaker an fliehenden irakischen Soldaten aus Kuwait eines der größten Kriegsverbrechen in der Nachkriegszeit begehen. Wo ist der Aufschrei in den Medien, jetzt, wo in Kuwait Palästinenser verfolgt und teilweise gefoltert werden?

Die USA haben viele Wochen nach Beendigung des Krieges Saddam in seinem Krieg gegen die Opposition im eigenen Land und gegen die Kurden passiv unterstützt. So wurden irakische Kriegsgefangene, weil sie gegen Saddam eingestellt waren, nur in kleinen Gruppen in den Irak zurückgeschickt. Wenn US-Soldaten jetzt im Nord-Irak humanitäre Hilfe leisten, dann nur, damit die USA nicht völlig das Gesicht verlieren. Den westlichen Regierungen und den UNO-Staaten ist das Schicksal der Kurden ansonsten egal.

Der Golfkrieg war ein Krieg der wichtigsten westlichen Länder unter Führung der USA um die politische Kontrolle über eine Region, die einen Großteil eines der wichtigsten Rohstoffe, des Erdöls, besitzt. In früheren Jahren hatte sich die UNO stets zerstritten und deshalb keine Bedeutung. Heute ist sie sich "einig", weil die meisten Regierungen wie treue Hunde hinter den westlichen Ländern herlaufen. Die USA hatten die UNO gefragt, ob sie gegen den Irak losschlagen kann, weil sie sich sicher waren, daß sie das Votum bekommen würden. Im Falle Vietnam oder Panama wären sie sich dessen nicht sicher gewesen - also fragten sie erst gar nicht.

Es wird oft gesagt, im Golfkrieg hätten die USA die UNO mißbraucht, man müsse diese demokratisieren, zum Beispiel das Vetorecht im Sicherheitsrat abschaffen. Doch wenn dort Entscheidungen gegen die Interessen der wichtigsten kapitalistischen Länder getroffen würden, würden sich diese ganz einfach nicht daran halten. 457 UNO-Resolutionen seit 1948 zum Thema Palästina brachten für die

Palästinenser keine Fortschritte. Die Kurden haben nichts Besseres von der UNO zu erwarten.

Viele Palästinenser und Kurden hoffen, als gleichberechtigtes Volk anerkannt zu werden, wenn es zu einer Nah-Ost-Friedenskonferenz unter ihrer Beteiligung kommt. Doch würden sich hinter einer solchen Konferenz nicht dieselben imperialistischen Interessen verbergen wie hinter einer "einigen" UNO? Bush, Saddam, Özal, Schamlr und andere würden sich einen privilegierten kurdischen Vertreter hinzuziehen und mit ihm das Schicksal des kurdischen Volkes aushandeln. Wäre das nicht für das Volk genauso erniedrigend wie die früheren internationalen Verträge, die zu einer Festschreibung der Unterdrückung der Kurden führten?

Die USA, die Türkei und die anderen Länder in der Region haben Angst, daß das jetzige Flüchtlingsproblem die politische Lage destabilisiert. In "Schutzzonen" wollen sie die Kontrolle über Millionen Kurden behalten. Sie haben größte Angst, daß der kurdische Widerstand in der Türkei zusätzliche Impulse bekommt und die Menschen aus türkisch-Kurdistan und irakisch-Kurdistan die Idee entwickeln, sich zusammenzuschließen.

Die Ängste sind begründet. Denn zusätzlich zu dem wachsenden kurdischen Widerstand hat die Arbeiterklasse in der Türkei in den letzten Jahren wieder mehr Selbstbewußtsein bekommen. Sie könnte eine Schwächung Özals an der kurdischen "Front" nutzen, um gegen ihn selbst in die Offensive zu gehen. Viele kurdische Arbeiter in den türkischen Industriezentren könnten eine Brücke schlagen zwischen kurdischem Befreiungskampf und den Aktionen der türkischen Arbeiter.

Hier ist der Schlüssel zu finden für eine positive Lösung des Dramas des kurdischen Volkes. Die UNO will und kann den Kurden keine wirklichen und dauerhaften Fortschritte bringen. Die Kurden, in Verbindung mit den Arbeitern der umliegenden Länder, können sich nur selbst befreien. Für die Bundesrepublik heißt das, daß wir nicht auf die UNO starren dürfen, sondern selbst aktiv werden und direkte Hilfe für die Kurden organisieren müssen - in diesem Sinne sollten wir in SPD und DGB Druck machen.

Zwangsumsiedlungen das Volk zu verstreuen. In den 20er und 30er Jahren wurden etwa eineinhalb Millionen Kurden massakriert oder deportiert, ihr Schicksal ist durchaus mit dem der Armenier vergleichbar.

Doch diese Unterdrückung rief permanenten Widerstand hervor. Die Jahre 1937 und 1938 waren vorläufige Höhepunkte dieser Aufstände, die aber in blutigen Niederlagen endeten. In einer einzigen Stadt wurden allein 15.200 Menschen umgebracht.



Das herausragendste Ereignis bis heute ist nach wie vor die Ausrufung der unabhängigen kurdischen Republik Mahabad im Januar 1946 im iranischen Teil. Diese Republik gründete eine eigene Armee und existierte bis zum Dezember 1946, also gerade 11 Monate. Sie konnte nicht existieren, weil sie keine ökonomische und damit auch keine stabile politische Basis hatte. Bestimmte kurdische Stämme innerhalb dieser Republik standen dieser sehr feindlich gegenüber, weil sie Tabak für den iranischen Markt anbauen und diesen nicht aufgeben wollten.

Die Führer der Kurden

In dieser Zeit bekamen dennoch politische Bewegungen einen Aufschwung. Schon 1945 entstand die DPK, eine

bürgerliche Partei mit bäuerlicher Basis, deren Führer es sich aber auch nicht mit den Großgrundbesitzern verderben wollten. Ein Ausdruck dafür, wie Kurdistan von feudalen Strukturen und Interessen gekennzeichnet ist und daß keine einheitliche Bourgeoisie besteht, ist die Tatsache, daß es keine gesamtkurdische politische Kraft gibt. Auch die DPK spaltet sich in verschiedene, einen irakischen, türkischen, iranischen Teil, mit eigenen Führern und gegenseitiger Konkurrenz, die oft mit den Waffen ausgetragen wurde.

Auch die heutigen Führer vertreten nicht die Belange des Volkes. Die zwei bekanntesten Führer heißen Barzani von der DPK im Irak und Talabani von der PUK, die aus der DPK hervorging. Barzani stammt selbst aus einer Scheichfamilie und paktierte einmal mit dem irakischen Regime. Die Regimes der vier Länder hatten immer ihre Marionetten unter den kurdischen Führern. In den 70ern half Talabani von Bagdad aus dem irakischen Regime im Kampf gegen Barzani und seine Guerilla. Zur gleichen Zeit paktierte Barzani mit dem iranischen Schah!

Doch diese Grupplierungen haben in der kurdischen Bevölkerung die Mehrheit, selbst in der Türkei, wo die maoistische PKK in den letzten Jahren Zulauf bekommen hat. Die letzten Jahre, die vor allem durch den Kampf vieler Jugendlicher im türkischen Teil Kurdistans geprägt waren, werden von der Jugend selbst als "kurdische Intifada" bezeichnet. Die verschärfte Unterdrückung durch den türkischen Staat brachte eine Stärkung der stalintrauen PKK mit sich. Die PKK teilt den entscheidenden Mangel mit den anderen Organisationen. Sie gibt den unterdrückten Kurden keine wirkliche Perspektive. Sie plädiert für ein unabhängiges Kurdistan, beantwortet aber nicht die Frage, wie ein solches existieren kann, welche Klasse dort herrschen soll und welche Möglichkeiten diese hätte. Keine von den momentan bekannten politischen Kräften hat eine strategische Orientierung auf die Arbeiterklasse der Türkei, des Irak, im Iran und in Syrien. Ohne die bewußte Hilfe dieser Arbeiter wird es keine Siege der Kurden geben, die von längerer Dauer sind.

Perspektiven für die Kurden

Aus VORAN Nr.120, Mai 1990

Der Kampf der Kurden für ihre Selbstbestimmung ist hundert mal gerechtfertigt. Doch er ist nur mit der Hilfe der türkischen Arbeiter zu gewinnen. Wir brauchen für die Befreiung der Kurden die sozialistische Revolution in der Türkei, im Iran und dem Irak. Auch an die syrischen Arbeiter müssen wir appellieren, die bürokratische Herrschaft in ihrem Land zu stürzen.

Der Kapitalismus in der Türkei ist nicht so entwickelt wie z.B. in der BRD. Doch die Arbeiterklasse in der Türkei ist schon stark und fähig, die eigene Macht zu erobern. In den von Kurden bewohnten Gebieten sind die Arbeiter eine ganz kleine Minderheit. Unabhängigkeit, demokratische Rechte und eigenes Land für alle Bauern sind die wichtigsten Forderungen. Wer soll sie erkämpfen? Es gibt keine bedeutsame nationale Bourgeoisie, die eine eigene Rolle spielen könnte. Das kurdische Volk kann nur etwas in direkter Verbindung zu der Arbeiterklasse der Türkei (und des Irans usw.) erreichen.

Wenn die Arbeiterklasse der Türkei kämpft, dann natürlich auch für ihre eigene Interessen - gegen die türkische herrschende Klasse. Die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution müssen gelöst werden, indem die Arbeiterklasse in der Türkei die politische Macht erobert, d.h. durch eine sozialistische Revolution. Ähnlich war es in Rußland 1917, als Lenin und Trotzki erkannten, daß die Februarrevolution nicht ausreichte, sondern die Arbeiter zum Oktober übergehen mußten, erstens, um sich die Kapitalisten vom Halse zu schüt-

tern und den Krieg zu beenden, aber auch, um die Großgrundbesitzer zu enteignen und den Nationen das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. Noch fehlt in der Region die Partei, die die Massen zur sozialistischen Revolution führt. Dabei ist die Masse unzufrieden und besitzt einen Haß auf das bestehende System. Die maoistische PKK entfremdet mit ihrer Methode des Guerillakampfes das kurdische Volk von den Arbeitern der anderen Nationen und richtet großen Schaden an.

Appell

Kurdistan und die Kurden fordern und kämpfen seit Jahrhunderten für ein freies und unabhängiges Kurdistan. Seit Jahrhunderten wurden alle Aufstände und alle anderen Bewegungen unterdrückt und von den Feinden blutig niedergeschlagen. Doch keine Waffe hat die Kurden zum Schweigen gebracht. Kein Feuer hat sie verbrannt. Ihr Schrei hat ein langes Echo. Sie haben gelernt, mit der Angst zu leben.

Jeden Moment sind die kurdischen Bauern vorbereitet, von türkischen, irakischen oder iranischen Armeen angegriffen zu werden. Wir, als Kurden, bitten die Arbeiterklasse in der BRD und Ihre Organisationen - SPD und DGB - und die Arbeiterklasse überall auf der Welt, den Unabhängigkeitskampf der Kurden zu unterstützen. Wir dürfen nicht zusehen, wie ein ganzes Volk getötet wird.

D.Z. und S.A., Köln

Dieses Falblatt wurde erstellt von Hubert Batsch, SPD-Mitglied in Köln-Mitte-Süd und Bruno Hof, Jungsozialist in Köln-Nord

Voran - Zeitung der Marxisten in der SPD

Kontakt in Köln: Bruno Hof, Tel.: 0221/7393849